

Dieser Artikel ist erschienen in:

Winfried Nerdinger in Zusammenarbeit mit Mirjana Grdanjski und Ulla-Britta Vollhardt. NS-Dokumentationszentrum München (Hg.): **Nie wieder. Schon wieder. Immer noch. Rechtsextremismus in Deutschland seit 1945.** Publikation zur Ausstellung im NS-Dokumentationszentrum München 29. November 2017 bis 2. April 2018 in Kooperation mit der Fachstelle für Demokratie der Landeshauptstadt München und der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.). (München 2017)

Die Perspektive der Opfer. Erfahrungen in der Arbeit für Betroffene rassistischer und rechtsextremer Gewalt und Diskriminierung

B.U.D. e.V. Beratung. Unterstützung. Dokumentation. Für Opfer rechtsextremer Gewalt

Jutta Neupert (B.U.D.)

2379

Am 11. April 2017 präsentiert die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen, Katharina Schulze, ein Lagebild zu den Gefahren von Rechts in Bayern. Dieser führt insgesamt 2379 rechtsextremistische Straftaten für das Jahr 2016 im Freistaat auf. Die Zahl resultiert aus einer Zusammenfassung von Antworten auf 13 Anfragen der Landtags-Grünen zum Thema rechte Gewalt an die Bayerische Staatsregierung.¹

Hinter dieser Zahl stehen Menschen, die wegen ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer Hautfarbe, ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres zivilgesellschaftlichen Eintretens für ein menschenfreundliches Miteinander beschimpft, beleidigt, bedroht und gefährdet wurden, deren Eigentum beschädigt wurde, die vereinzelt aber auch (schwer) verletzt oder sogar getötet wurden. 2379 rechts motivierte Straftaten in Bayern, das sind 120 Prozent mehr Opfer als 2010. Solche Zahlen machen Angst, aber sie erzählen nichts darüber, wie die Betroffenen nach einem rechtsmotivierten Übergriff weiterleben.

Täter

Viele rechte Angriffe basieren in der Regel nicht auf einem persönlichen Konflikt zwischen Täter und Opfer. Die Opfer werden als vermeintliche Vertreterinnen und Vertreter einer abgewerteten Gruppe wahrgenommen. Die Täterinnen und Täter kommen aus der

¹ Siehe Rechtsextremismus in Bayern 2016. Katharina Schulze präsentiert Lagebild zu den Gefahren von Rechts, S. 4; <http://www.gruene-fraktion-bayern.de/themen/rechtsextremismus/lagebericht-rechtsextremismus-2016> .

rechtsextremen Szene, zunehmend auch aus der Bevölkerungsgruppe, die die „Mitte der Gesellschaft“ genannt wird. Den Angriffen liegt eine rechte Orientierung der Täterinnen und Täter zugrunde. All das führt zu einer Entpersonalisierung der Opfer, das Unrechtsbewusstsein ist gering, weil die Taten als ideologisch legitimiert angesehen werden, mitunter sogar „als Umsetzung eines ‚Volksempfindens‘.“²

Opfer

Rechte Gewalt ist für die Betroffenen zunächst eine konkrete Erfahrung, die sie verletzt, ausgrenzt und ihr Selbstverständnis erschüttert. Wenn die Gewalterfahrung vom sozialen Umfeld, von den Instanzen im Strafverfahren oder in der medialen Berichterstattung nicht als solche anerkannt wird, werden die Betroffenen ein weiteres Mal zum Opfer. Häufig wirkt eine rechte Gewalttat auf das soziale Umfeld der Betroffenen. Nötigungen, Beleidigungen und Bedrohungen werden von den Betroffenen oftmals nicht angezeigt, weil sie glauben, dass diese Straftaten keiner Gerichtsbarkeit unterliegen. „Nichtanzeigen bei Körperverletzungsdelikten werden u.a. mit Misstrauen gegenüber der Polizei, eigenen oder tradierten, negativen Vorerfahrungen oder dem Eindruck begründet, dass eine Anzeige nur eine Nachgefährdung, aber keine wirksamen Ermittlungen nach sich ziehen würde.“³

Der Anfang von B.U.D.

2009 regt der damalige Projektleiter der „Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus“ (LKS), Martin Windisch, an, erstmals eine Stelle zu schaffen, die Betroffene rechter Gewalt im Freistaat berät, unterstützt und die Fälle dokumentiert: Es entsteht „B.U.D. - Beratung. Unterstützung. Dokumentation. Für Opfer rechtsextremer Gewalt“. Ende 2009 stellt sich B.U.D. erstmals öffentlich auf einer Veranstaltung in München als bayernweite Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt vor. Die Finanzierung von B.U.D. obliegt der LKS und stammt aus Fördermitteln des Bundes - damals dem Programm „kompetent. Für Demokratie. Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Kolleginnen und Kollegen zweier Institutionen, die sich seit Beginn rechtsextremer Übergriffe in den neuen Bundesländern für die Anliegen Betroffener einsetzen, der „Opferperspektive Brandenburg“ und des Berliner Vereins "Reach out", bilden die ersten freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von B.U.D. in Bayern aus.

2010 - Erste Beratungsfälle

Im Juni 2010 widersetzt sich in Regensburg ein junger Barkeeper stadtbekanntem Neonazis. Er bietet einer schwarzen Frau und ihrem Kind Schutz vor rassistischen Beleidigungen („Dass Nigger überhaupt Kinder haben dürfen...“). Zwei Wochen später greifen die Neonazis die Arbeitsstelle des Barkeepers, das Lokal „Picasso“ in der Regensburger Altstadt, gezielt an. Nur mit Glück entgeht der Barkeeper dem lebensgefährlichen Angriff durch Flucht in einen benachbarten Imbiss. Dessen Inhaber bietet ihm Schutz vor dem andauernden Gewaltexzess der Neonazis. Weil die Polizei die Täter nach Feststellung der Personaldaten und ihrer Ausnüchterung wieder freilässt, hat der Barkeeper (berechtigterweise) Angst vor weiteren Übergriffen gegen ihn und zieht sich zurück. Er wünscht keinen unmittelbaren Kontakt mit der Opferberatung, nimmt die Unterstützung von B.U.D. aber über seine Chefin wahr. Weil sich die Neonazis vor dem Übergriff auf dem Barkeeper in einem Lokal betrunken haben,

² Arbeitsgruppe Qualitätsstandards der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Hg.): Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Deutschland, Berlin 2014, S. 5.

³ Ebenda, S. 7.

gründet ein kleiner Kreis engagierter Bürgerinnen und Bürger die Initiative "Keine Bedienung für Nazis". Die Öffentlichkeit, die wegen der Initiative entsteht, erhöht die Hürde für ein weiteres Marodieren der Neonazis. Helga Hanusa ist Gründungsmitglied dieser Initiative und eine der ersten B.U.D.-Opferberaterinnen. Sie kümmert sich um den Fall des Barkeepers. Erst im April 2013, anlässlich der Verleihung des Preises „Das unerschrockene Wort“⁴ an die Initiative „Keine Bedienung für Nazis“, bekennt sich der Barkeeper erstmals öffentlich zu seiner mutigen Tat, erinnert sich Helga Hanusa. Das sei oftmals kennzeichnend für Opfer rechter Gewalt. Die Betroffenen hätten viel zu erzählen in ihrer Rolle als Beschädigte oder Verletzte. Sie wollten das aber nicht öffentlich tun, dafür sitze die Angst zu tief, wieder von rechten Gewalttäterinnen oder Gewalttätern angegriffen zu werden. Diesem Rückzug schließe sich ein ganzer Kanon von Verweigerungen an: Die Opfer nähmen ihre Rechte, beispielsweise Schmerzensgeld einzufordern oder bei Prozessen auszusagen, nicht wahr. Insofern sei ein umsichtiger Umgang der mit dem Fall befassten Behörden, des sozialen Umfelds, der gesamten Zivilgesellschaft entscheidend für die psychische Gesundheit Betroffener rechter Gewalt, so Helga Hanusa.

B.U.D. 2012 bis 2015

Anfang November 2011 werden die Morde des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) bekannt. Die Wahrnehmung rechtsmotivierter Vergehen rückt vermehrt in den öffentlichen Fokus. Die Berichtserstattung über Täterinnen und Täter ist umfangreich, über die Belange von Opfern gering. Die Opferberatung von B.U.D. erfährt eine kontinuierliche Steigerung der Nachfragen, aber Zahl der Beratungsfälle bleibt niedrig. Die finanzielle Ausstattung von B.U.D. in den Jahren 2012 bis 2014 beträgt jährlich etwa 25.000 Euro. Der Anspruch der bayerischen Opferberatung ist derselbe wie der in den neuen Bundesländern etablierten Beratungsstellen: „Eine Opferberatung soll zum einen die Betroffenen nach einer Gewalterfahrung (direkte physische Gewalt, aber auch Nötigung, Sachbeschädigungen oder Bedrohungen) darin unterstützen, aus der Passivität einer Opferrolle herauszufinden, um sich wieder aktiv am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen beteiligen zu können. Zum andern sollen durch die gleichzeitige Erweiterung der gesellschaftlichen Diskussion über rechtsextreme Gewalt Prozesse zur künftigen Verhinderung rechtsextremer Straf- und Gewalttaten gefördert werden.“⁵ Wegen der sehr überschaubaren Mittel kann B.U.D. nur auf eingehende Anfragen reagieren, proaktives Vorgehen ist nicht leistbar. Steffen Huber, fachlicher Koordinator von B.U.D., spricht von „Feuerwehrarbeit“, die die Opferberatung damals leistet. Am Opfertelefon von B.U.D. melden sich Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie Journalistinnen und Journalisten, die offen von Rechtsmotivierten bedroht werden, oder Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler, die im Netz wegen ihres Engagements beispielsweise für Migrantinnen und Migranten mit Beleidigungen und Drohszenarien attackiert wurden. Dieser Terror betrifft nicht nur die direkt Betroffenen, sondern greift auf ihr soziales Umfeld über – oft auf die Familienmitglieder. Als Opferberatung leistet B.U.D. uneingeschränkte Parteilichkeit für die Betroffenen und garantiert ihnen absolute Anonymität. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von B.U.D. führen Beratungsgespräche, vermitteln lokale Ansprechpartner, Rechtsbeistände und gegebenenfalls psychosoziale Hilfe. In

⁴ Preis der im „Bund der Lutherstädte“ zusammengeschlossenen 16 Städte an Personen, die in Wort und Tat für die Gesellschaft, die Gemeinde oder den Staat bedeutsame Aussagen gemacht und gegenüber Widerständen vertreten haben.

⁵ B.U.D., Fachliche Dokumentation der Sonder-MIT (=Mobiles Interventionsteams) Opferberatung gegenüber der Landeskoordinierungsstelle 2012.

Multiplikatorenengesprächen stellen B.U.D.-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter fest, dass die hauptsächlich von rechtsmotivierten Gewalttätern betroffenen Menschen, nämlich Migrantinnen und Migranten, Jugendliche und junge Erwachsene, die Übergriffe selten anzeigen - zu hoch ist die Frustration über den Umgang mit ihnen. B.U.D. ist in „Bayern gegen Rechtsextremismus“ vertreten und Gründungsmitglied im Dachverband für Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.).

B.U.D. 2015 bis 2017

Bis 2015 ist B.U.D. Teil der LKS und somit dem „Bayerischen Jugendring“ angegliedert. Um finanzielle Mittel über die bisher für B.U.D. geltenden Strukturen und Möglichkeiten hinaus zu akquirieren, gründet sich die Opferberatung am 22. Juli 2015 als Verein und stellt sich Ende Mai 2016 der Presse vor. „B.U.D. e.V. will inhaltlich und strukturell unabhängig sein. Das ist Voraussetzung für die Arbeit einer Anlaufstelle für Betroffene rechter Gewalt, die immer politisch und oft unbequem ist“, heißt es in der Pressemitteilung von B.U.D. e.V. „Die Beratung von Betroffenen und die Berichterstattung darüber bringen häufig Kontroversen mit sich, weil rechte Gewalt und das Ausmaß ihrer Bedrohung unterschiedlich definiert und wahrgenommen werden. B.U.D. e. V. setzt sich für eine kritische Berichterstattung über die tatsächlichen Ausmaße rechter Gewalt in Bayern ein.“⁶ Besonders Menschen, die sich für Geflüchtete engagieren, werden seit 2015 zunehmend Opfer rechtsmotivierter Gewalt, die nun endgültig in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen zu sein scheint. Die Betroffenen seien überrascht und überfordert, weil sie ja Gutes täten und dafür negatives Feedback erhielten, so B.U.D.-Fachkoordinator Steffen Huber. Die seit Vereinsgründung aus zuständigen Bundesprogrammen, zuletzt "Toleranz fördern. Kompetenz stärken" und „Demokratie leben“, eingeworbenen finanziellen Mittel (2015: 50.000 €, 2016: 70.000 € und 2017: 120.000 €) ermöglichen es B.U.D. e.V., allmählich eine Opferberatung aufzubauen, die den Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung entspricht. Ende 2016 gibt B.U.D. e.V. einen auffälligen achteckigen Flyer heraus, worin es in acht Sprachen, darunter Türkisch, Persisch, Paschtu, Urdu und Arabisch, unmissverständlich heißt: „Niemand darf Sie diskriminieren aufgrund Ihrer Erscheinung, Hautfarbe, Herkunft, Religion oder Lebensweise. Wir unterstützen Sie, wenn Sie oder Menschen in Ihrem Umfeld von Rechtsextremisten beleidigt, bedroht oder angegriffen werden. Wir erklären Ihnen den Ablauf eines Strafverfahrens, begleiten Sie zur Polizei oder vor Gericht, helfen bei der Suche nach juristischem Rat oder der Beantragung von Entschädigung oder Schmerzensgeld. Die Nutzung des Angebots ist absolut freiwillig. – Sie entscheiden, wie wir Sie unterstützen.“ Seit 2017 mehren sich die Übergriffe auf Geflüchtete, beobachtet Fachkoordinator Steffen Huber. Die wenigsten der Betroffenen wüssten um ein Beratungsangebot. Diejenigen, die zum Beispiel durch den Flyer auf B.U.D. e.V. aufmerksam würden, erkundigten sich zwar nach den Perspektiven einer Beratung, zögen sich dann aber zurück, ohne das Beratungsangebot wahrzunehmen. Die Gründe dafür seien Angst, Hilflosigkeit und das Unwissen über die Gültigkeit von Gesetzen und Rechten. So blieben rechtsmotivierte Vergehen verborgen und fänden keinen Eingang in die Statistik politisch motivierter Kriminalität in Bayern.

⁶ Pressemitteilung B.U.D. e.V., 24. Mai 2016.



Mehrsprachiger Werbeflyer von B.U.D., 2016
B.U.D.

Seit Juli 2017 kann der Verein zwei festangestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Teilzeitkräfte beschäftigen und hat damit endlich die Möglichkeit, zu Qualitätsstandards für eine professionelle Unterstützung - wie im Osten Deutschlands selbstverständlich - aufzuschließen. Dazu gehört, Fälle rechtsmotivierter Gewalt in Bayern aktiv nachzuforschen: „Die Fallrecherche ist die gezielte, aktive Suche nach Betroffenen von rechter Gewalt zur Unterbreitung eines Hilfsangebots. Um Unterstützung anbieten zu können, ist eine kontinuierliche und systematische Auswertung von Informationen über (Gewalt-)Straftaten mit möglichen rechten Motiven grundlegend.“⁷ Durch die beiden Festanstellungen ist es B.U.D. e.V. jetzt möglich, Zeitungsartikel, Internet, Pressemitteilungen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten oder parlamentarische Anfragen zu politisch rechtsmotivierten Gewaltstraftaten systematisch zu durchleuchten.

Ausblicke

Anfang Juli 2017 informiert die Pressemitteilung einer Polizeiinspektion im Allgäu über den Angriff auf einen jungen Syrer. Der Fachkoordinator von B.U.D. e.V., Steffen Huber, macht daraufhin die Polizeiinspektion auf die Opferberatung aufmerksam und bittet im Falle eines rassistisch motivierten Angriffs um die Weitergabe der Kontaktdaten von B.U.D. e.V. an das Opfer. Die Polizeiinspektion geht nicht auf das Schreiben von B.U.D. e.V. ein, sondern verweist darauf, dass weitere Auskünfte nur von der zuständigen Staatsanwaltschaft erteilt werden könnten. - Rechte Gewalt unterliegt politisch motivierter Wahrnehmung. Bayern ist ein Flächenland. Die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses von 2013 halten zivilgesellschaftliche Initiativen zur kontinuierlichen Demokratieförderung für unverzichtbar: „In manchen ländlichen Regionen, wo demokratische Werte und Normen, aber auch Repräsentantinnen und Repräsentanten demokratischer Institutionen zu wenig präsent sind, gehören sie zu den Wenigen, die sichtbar und aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten – und die für ihr demokratisches Engagement von Neonazis bedroht und angegriffen werden. Dieses Engagement muss unterstützt, ausreichend

⁷ Arbeitsgruppe Qualitätsstandards (wie Anm. 2) S. 13.

gefördert, ausgebaut und verstetigt werden.“⁸ B.U.D. e. V. fördert Demokratie. „Vorstand und Mitglieder des Vereins sehen in der Unterstützung Betroffener von rechter und rassistischer Gewalt einen unverzichtbaren Beitrag zu einem sozialen Klima, das uns allen ein angstfreies und selbstbestimmtes Leben ermöglicht.“⁹ Helga Hanusa hat als Mitarbeiterin von B.U.D. e.V. über die Jahre Menschen, die Opfer rassistischer Übergriffe wurden, Anwälte vermittelt, Schmerzensgeld erstritten, sich um psychosoziale Hilfe gekümmert. Sie hat Betroffene zu Prozessen begleitet wie M., der von einem rechtsmotivierten Täter schwer verletzt wurde. Auf der Rückfahrt vom Gericht fragt M. sie, was mit dem verurteilten Täter geschehe. Er zeigt seine Hände, auf denen Spuren von Folter auszumachen sind, und sagt, er wolle nicht, dass dem Verurteilten im Gefängnis dasselbe widerfahre wie ihm. „In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass professionelle Unterstützung von Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt – wie durch die Opferberatungsstellen in freier Trägerschaft geleistet wird – unverzichtbar ist.“¹⁰ stellt der NSU-Untersuchungsausschuss fest. Das bedeutet für die Beratungsprojekte in den alten Bundesländern, darunter auch Bayern, analoge Qualitätsstandards wie in den neuen Bundesländern. Mit Nachdruck fordert der Ausschuss eine Neuordnung der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements. Wer sich für die Verteidigung der Menschenwürde, die Förderung demokratischer Kultur und die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus einsetze, „bedürfe eines gewissen Maßes an Finanzierungssicherheit. Diese wäre auf Bundesgesetzlicher Basis auch unter Einbeziehung der Länder zu gewährleisten.“¹¹ B.U.D. e.V. schließt sich dieser Empfehlung für eine künftig optimale Betreuung von Betroffenen rechtsmotivierter Gewalt in Bayern an.

Kontakt zu B.U.D.:

B.U.D. e.V.

Postfach 44 01 53

90206 Nürnberg

Hotline: 0151 216 53 187

www.bud-bayern.de

info@bud-bayern.de

⁸ Beschlussempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes, Deutscher Bundestag - 17. Wahlperiode, Drucksache 17/14600, 22.08.2013, S. 865f.

⁹ Flyer: B.U.D. Beratung. Unterstützung. Dokumentation. Für Opfer rechtsextremer Gewalt [München 2016.]

¹⁰ Beschlussempfehlung (wie Anm. 8) S. 866.

¹¹ Ebenda, S. 867.